



Pressemitteilung, 20. November 2007

Sind Angehörige im Ausland ein Verdachtsmoment?

Regierung will Daten von Bürgern sammeln, die Gäste aus dem Ausland einladen

Den Bürgern und Bürgerinnen dieses Landes wird in den letzten Tagen sehr viel zugemutet:

Erst am 09.11.07 verabschiedete der Bundestag mehrheitlich ein Gesetz zur anlassunabhängigen Speicherung von Daten im Rahmen der Telekommunikation. Gestern war nun der *taz* zu entnehmen, dass schon wieder anlasslos Daten gespeichert werden sollen - diesmal von Menschen, die Gäste aus visumpflichtigen Staaten einladen. Diese Daten sollen zukünftig im Ausländerzentralregister angesiedelt werden.

Als interkultureller Familienverband sind wir mehr als beunruhigt über diese Entwicklung. Binationale und eingewanderte Familien laden regelmäßig Familienangehörige und Verwandte aus visumpflichtigen Staaten ein. Sie leben ein Familienmodell, das einer zunehmenden Globalisierung folgt und müssen dafür längere Trennungen und erhöhte Kosten auf sich nehmen. Und nun machen sie wieder einmal die Erfahrung, dass in ihr normales Familienleben eingegriffen wird, dass sie generell unter Verdacht stehen, wenn sie den Kontakt zu ihren Angehörigen pflegen. Wieder einmal werden sie herausgegriffen und in Zusammenhang von Missbrauch und kriminellen Machenschaften gestellt, denn die zu erstellende „Visa-Warndatei“ soll den Visamissbrauch durch Schleuser und Menschenhändler verhindern (*taz*, 19.11.07).

Was haben Privatpersonen mit organisiertem Menschenhandel zu tun?

Die anlasslose Sammlung von Daten fördert das Misstrauen gegenüber Behörden. Es ist für den Einzelnen nicht überschaubar, was mit seinen Daten geschieht. Sie sind jederzeit abrufbar, lassen sich beliebig verknüpfen und wecken womöglich Begehrlichkeiten.

„Wir sehen mit wachsender Besorgnis eine Tendenz, dass gruppenbezogenen Daten von unbescholtenen Bürger/innen gesammelt werden, um individuelle tatsächliche Straftäter zu erfassen. Dies ist eine eklatante Verletzung des informationellen Selbstbestimmungsrechts“ meint Cornelia Spohn, Bundesgeschäftsführerin des Verbandes.

Für nähere Informationen wenden Sie sich bitte an Frau Hiltrud Stöcker-Zafari, Tel: 069 – 71 37 56 12